

organisatorischer Maßnahmen, sondern der kontinuierlichen politischen Erläuterung der Bedingungen und Aufgaben im Klassenkampf auf ökonomischem und wissenschaftlich-technischem Gebiet, wie sie sich für die DDR und die sozialistische Staatengemeinschaft im Kampf gegen den Imperialismus ergeben. Diese politische Arbeit zu leisten, ist in erster Linie Sache der Grundorganisationen der Partei und der staatlichen Leiter. Sie erfordert die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Werktätigen, ihre ständige Aufklärung und Information über die Probleme des Klassenkampfes und die Aufgaben zur Erhöhung der revolutionären Wachsamkeit und Geheimhaltung. Sie erfordert vor allem einen prinzipiellen, parteilichen Standpunkt gegenüber allen Verletzungen der Arbeits- und Staatsdisziplin.

Die Erfüllung dieser Klassenpflichten stellt an die Parteiorganisationen und die staatlichen Leiter hohe Anforderungen, erfordert eine beispielhafte, vorbildliche Verhaltens- und Arbeitsweise. Ein wichtiger Maßstab für den erreichten Entwicklungsstand in der Erziehung der Werktätigen zur revolutionären Wachsamkeit und Geheimhaltung ist strenge, bewußte Einhaltung der hierzu erlassenen gesetzlichen Bestimmungen.

In der Verordnung des Ministerrates über die volkseigenen Betriebe vom 9. Februar 1967\*) wurde im § 44 die besondere persönliche Verantwortung der staatlichen Leiter festgelegt. Dort heißt es: „Zum Schutze der volkswirtschaftlichen und betrieblichen Interessen hat der Direktor des Betriebes die Geheimhaltung der Ergebnisse von Forschung, Entwicklung und Produktion zu sichern sowie die Wahrung der volkswirtschaftlichen Interessen bei der

Marktarbeit und beim Absatz zu gewährleisten und dazu eine Ordnung über den Geheimnisschutz festzulegen. Die Rechte und Pflichten der leitenden Mitarbeiter und anderer Mitarbeiter des Betriebes im Informationssystem, bei Veröffentlichungen, Verhandlungen, Dienstreisen und Betriebsbesichtigungen sind festzulegen.“

Die politisch-ideologische Arbeit zielt darauf ab, die strenge Einhaltung der gesetzlichen Regelungen zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung zum festen Bestandteil der staatlichen Führungstätigkeit zu machen. Sicherheit und Ordnung sind nicht als Ressort zu behandeln. Das ist bei allen Entscheidungen und Maßnahmen zu beachten, die auf ökonomischem, auf wissenschaftlich-technischem oder außenwirtschaftlichem Gebiet getroffen werden.

Die Parteiorganisationen sollten auch stärker darauf hinwirken, daß sich eine engere Zusammenarbeit der verantwortlichen staatlichen Leiter mit den gesellschaftlichen Organisationen zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung entwickelt. Nur durch eine komplexe Arbeitsweise der Kontrollorgane, Sicherheitsaktive und anderer gesellschaftlicher Potenzen ist ein hohes Maß von Sicherheit gegenüber den Störmaßnahmen des Gegners an den Schwerpunkten unserer gesellschaftlichen Entwicklung zu erreichen. Es kommt dabei darauf an, alle Werktätigen zu einer hohen sozialistischen Staats- und Arbeitsdisziplin, zur Verschwiegenheit, Bescheidenheit und Unbestechlichkeit zu erziehen, zum Wohle und zum Nutzen unseres sozialistischen Arbeiter- und Bauern-Staates.

Dr. Harry Möbis

Staatssekretär für Staats- und Wirtschaftsführung

\*) Gesetzblatt der DDR, Teil II Nr. 21/1967

LPG „Pionier“ Wahlwinkel, fertigen Tupper für das Krankenhaus Friedrichroda an, nähten und stopften Kinderwäsche für die Kinderkrippe, leisteten Reparaturarbeiten im Klub und in den Hausgemeinschaften, wirkten als Kartoffelschälbrigaden im VEB Gummikombinat und im VEB Puppenfabrik und machten die Urlaubsvertretungen für den Betriebsschutz in den ge-

nannten Betrieben. Eine Brigade entratete in der Firma Ribarsch 504 000 Plastebügel und verpackte sie. Durch die „Oma-Bewegung“ konnten drei junge Mütter ein Arbeitsverhältnis eingehen. Die Nachbarschaftshilfsbrigade versorgte täglich 12 kranke Veteranen. Unser künstlerischer Bastelzirkel beteiligte sich an den Wohnbezirksfesten und konnte so 214 Mark für das um seine Freiheit kämpfende vietnamesische Volk spenden.

Natürlich nehmen unsere Veteranen auch am kulturellen Leben

teil. Durch Patenschaftsverträge mit den Großbetrieben, mit allen Institutionen, vor allem aber mit dem Rat der Stadt, mit der SED-Ortsleitung und mit den anderen Parteien, werden unsere Veteranen auch in das geistig-kulturelle Leben einbezogen. 880 Veranstaltungen wurden im Klub der Volkssolidarität organisiert. Monatlich einmal findet ein großes Rentnertreffen statt. Das Kulturhaus der Gewerkschaften „Hermann Duncker“ unterstützt uns dabei. Für Interessenten sind die „Stunden der

DRS! HA! MS WORT